

## **Landesfrauenrat Wahlprüfsteine LTW 2022**

Das Leben von Frauen hat sich verändert. Sie stehen im Beruf dennoch leisten die meisten Carearbeit in der Familie. Es muss alles perfekt sein. In der Coronazeit hat sich gezeigt, dass doch wieder Frauen im Privaten wie automatisch mehr Arbeit übernehmen.

Doch diese Arbeit und die dadurch errungene sozialisationsbedingte Qualifikation bringt im Erwerbsleben kein Plus. Der Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern lag 2018 im Landesdurchschnitt bei 20 Prozent, d. h. Frauen verdienen gemessen am Bruttostundenverdienst im Durchschnitt ein Fünftel weniger als Männer. Ferner zeigt sich, dass das Phänomen in hochqualifizierten Berufsgruppen mit hoher Vergütung tendenziell stärker ausfällt. Deshalb werden wir die Beschäftigten in sogenannten Frauenbereichen wie Sozial- und Erziehungsdienste, in den Pflegeberufen und auch die Einzelhändler\*innen u. v. andere mehr dabei unterstützen, dass sie eine Entlohnung erhalten, die den Anforderungen ihrer Arbeit entspricht. In vielen dieser Bereiche ist Personalmangel die Regel. Das muss abgeschafft werden. Arbeitszeitverkürzung ist der nächste Punkt, der angegangen werden muss.

Frauen sind besonders häufig von prekärer Beschäftigung betroffen. Durch die zunehmende Deregulierung des Arbeitsmarktes, verbunden mit einer geringen finanziellen und gesellschaftlichen Anerkennung dieser Berufe, ergibt sich für Frauen ein hohes Armutsrisiko im Alter, aber auch bereits im Erwerbsleben. Die prekären und diskontinuierlichen Erwerbsverläufe haben im Zusammenhang mit einer Doppelbelastung durch familiäre Verpflichtungen ebenso starke negative Auswirkungen auf die Lebensqualität von betroffenen Frauen. Dies trifft auch auf Frauen mit Migrationsgeschichte zu, die in wachsendem Ausmaß im öffentlichen und privaten Bereich Pflege- und Care-Arbeiten übernehmen.

### **1. Bildung und Ausbildung**

Bildung ist für DIE LINKE eine wichtige Grundvoraussetzung für die Verwirklichung eines selbstbestimmten Lebens sowie für eine lebendige, offene und demokratisch organisierte Gemeinschaft. Bildung öffnet nicht nur Türen für das Berufsleben, vor allem ist sie die Voraussetzung für die persönliche Entwicklung. Bildung ist für uns ein Recht. Das bedeutet, dass allen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen unabhängig von ihrer örtlichen und sozialen Herkunft der Zugang zu Bildung gleichermaßen frei und möglichst wohnortnah ermöglicht wird. Genau deswegen wollen wir demokratisch organisierte Bildungsinstitutionen, für das Allgemeinwohl, in öffentlicher Hand.

#### **1.a. Kitas**

DIE LINKE will bereits den Jüngsten in unserer Gesellschaft die bestmögliche Bildung garantieren. Gerade die frühkindliche Bildung spielt in der Entwicklung von Kindern eine wichtige Rolle. Dabei wollen wir Kita als Ort der frühkindlichen Bildung von den Bedürfnissen der Kinder aus denken und Bildung verstehen als Persönlichkeitsbildung.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- beitragsfreie Krippen, Kindergärten und Horte mit bedarfsgerechten Öffnungszeiten
- gebührenfreie, qualitative und warme Mittagsverpflegung an allen Kitas, möglichst aus regionaler Herkunft
- eine Modernisierung der Kita-Ausstattung und eine Sanierung der vorhandenen Bausubstanz, um allen Kindern unabhängig von ihrer Herkunft die gleichen Startchancen zu ermöglichen
- ein Landesprogramm zum Ausbau von Krippenplätzen mit Ganztagsangeboten und eine konsequente Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Platz in der Kita
- den Ausbau und Umbau von Kitas zu inklusiven Regelkitas mit entsprechender Raumausstattung und -gestaltung sowie ausreichender Personalausstattung, so dass alle Kinder mit ihren individuellen Bedürfnissen und Anforderungen einen Platz in einer Regelkita und damit in der Gesellschaft finden.
- eine bessere Ausbildung für Tageseltern mit der Perspektive, in den Erzieher\*innenberuf zu wechseln. Die Bezahlung muss mindestens dem gesetzlichen Mindestlohn entsprechen.

### **1.b. Ausbildung**

DIE LINKE will allen Jugendlichen eine Ausbildung ermöglichen – kostenfrei, den persönlichen Neigungen entsprechend und qualitativ hochwertig. Die berufliche Bildung soll dabei nicht schlechter dastehen als ein Bachelorstudium. Durch die Verankerung von Qualitätskontrollen und bessere Freistellungsmöglichkeiten für betriebliche Ausbilder\*innen wird die Ausbildungsqualität für Lehrende und Lernende verbessert.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Wer nicht ausbildet, soll zahlen: Es muss eine Umlagefinanzierung eingeführt werden, bei der Betriebe, die nicht ausbilden, eine Abgabe zahlen, die ausbildungswilligen Kleinunternehmen zugutekommt.
- Wer keinen Ausbildungsplatz bekommen hat, erhält ein Angebot für eine vollzeitschulische oder außerbetriebliche Ausbildung an qualifizierten Ausbildungsstätten und die Möglichkeit auf Förderung durch das Schüler-Bafög. Ziel der Ausbildung ist zudem, im zweiten Jahr möglichst in die betriebliche Ausbildung zu wechseln
- eine optimale schulische und betriebliche Ausbildung. Dazu sollen die Stellen in den Berufsschulen ausgebaut werden, sodass Azubis mindestens zwei Mal in der Woche für sechs Stunden unterrichtet werden können
- einen Mindestlohn für Azubis sowie eine Aufwandsentschädigung für Praktikant\*innen
- den Ausbau der Volkshochschulangebote mit kostenfreien Kursen für Menschen mit geringem Einkommen, insbesondere im Bereich der beruflichen Fortbildung
- die finanzielle Stärkung öffentlicher Bildungseinrichtungen wie Volkshochschulen, Bibliotheken, Musikschulen und anderer Kultureinrichtungen

### **1.c. Schule**

DIE LINKE steht für das gemeinsame Lernen aller Schüler\*innen. Unser zentrales Ziel ist Bildungsgerechtigkeit. Das nach unterschiedlichen Schulformen gegliederte Schulsystem wollen wir in diesem Sinne weiterentwickeln: Unser Leitbild ist die Integrierte Gesamtschule, sie akzeptiert alle Kinder und Jugendlichen wie sie sind. An ihr sind alle Abschlüsse erreichbar und der Bildungserfolg ist

nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig. Wir wollen eine demokratisch organisierte Schule mit umfassenden Mitspracherechten der Schüler\*innen und der Beschäftigten.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- eine Einstellungsoffensive für Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter\*innen, Therapeut\*innen und technisches Personal – in einem ersten Schritt muss der tatsächliche Bedarf an Personal eingestellt werden. Das bedeutet landesweit mindestens 7.500 Lehrkräfte. Durch weitergehende Einstellungen wollen wir die Klassen deutlich verkleinern
- ein Quereinstiegsprogramm, welches langfristig eine hohe Qualität des Unterrichts sichert, dem Fachkräftemangel entgegenwirkt und den Unterrichtsausfall verringert
- die Umstrukturierung der Lehramtsausbildung: Die zweiphasige wird durch die einphasige Ausbildung ersetzt. Die berufspraktischen Anteile wollen wir in die universitäre Ausbildung integrieren
- eine Anhebung der Bezahlung der Lehrkräfte an Grund-, Haupt- und Realschulen auf A13/E13
- das Angebot einer Vollzeitstelle für alle Beschäftigten an Schulen. Teilzeitverträge sollen nur zustande kommen, wenn die/der Beschäftigte es wünscht
- ausreichend ausfinanzierte Ganztagsgrundschulen, die auch in den Ferien als Schulhorte eine Betreuung anbieten. Das Recht auf einen Ganztagsgrundschulplatz ab 2026 darf nicht zu einem Billigmodell werden
- gebührenfreie, kindgerechte und gesunde Mittagsverpflegung aus regional angebauten Lebensmitteln an allen Schulen
- kostenlose Lern- und Lehrmittel für Schüler\*innen
- perspektivisch die Integrierte Gesamtschule als alleinige Schulform. Bis dahin sollen auch im gegliederten Schulsystem Abschlüsse und Sitzenbleiben die absolute Ausnahme sein

### **1.d. Hochschule**

DIE LINKE. Niedersachsen steht für demokratische und soziale Hochschulen, die in der Wissenschaft und Bildung dem Allgemeinwohl dienen. Demokratische Teilhabe aller Statusgruppen, Transparenz, die Überwindung von Diskriminierung jeglicher Art, die Sicherung der Durchlässigkeit im Bildungssystem, Lehre und Forschung in gesellschaftlicher Verantwortung und eine hohe Qualität von Studium und Lehre sind dabei unser Maßstab.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- einen massiven Ausbau der Grundfinanzierung, der einhergeht mit einem Entfristungsprogramm für die wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen: „Dauerstellen für Daueraufgaben“
- verbindliche Mindeststandards für gute Arbeit an Hochschulen: Schluss mit den Kurzzeitverträgen; Schluss mit den Kettenbefristungen!
- einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte (TVStud). Bei einem Scheitern der bundesweiten Tarifverhandlungen wird sich die LINKE für die Aushandlung eines niedersächsischen Tarifvertrags einsetzen.
- eine Demokratisierung der Hochschulen durch Viertelparität in den Gremien sowie im akademischen Senat mindestens dort, wo es verfassungsrechtlich unbedenklich ist: Hochschulräte sind für die Beratung da, nicht für die Entscheidungsfindung.
- eine Modernisierung der Infrastruktur und die Finanzierung von längst überfälligen Maßnahmen im Hochschulbau
- ein Ende der Exzellenzinitiative: Flächendeckende, bedarfsgerechte und nicht wettbewerbsorientierte Ausfinanzierung für alle Studentenwerke und für alle Hochschulen statt einzelner elitärer Leuchtturmprojekte.
- den bedarfsgerechten Ausbau der Studienplätze an allen niedersächsischen Hochschulen und einen offenen Hochschulzugang

## **2. Digitalisierung geschlechtergerecht gestalten**

Ein Flächenland wie Niedersachsen wird von den Versäumnissen der Landesregierung in Sachen Digitalisierung besonders hart getroffen. Ganze Landstriche sind noch weiße Flecken in Sachen schnelles Internet. Teilweise ist sogar die Internetversorgung an sich nicht gewährleistet. Betroffen sind vor allem Dörfer und Zugstrecken in ländlichen Regionen. Wir wollen diese Probleme durch massive Investitionen angehen. Die Gemeinden in Niedersachsen dürfen von der Digitalisierung nicht ausgegrenzt werden, sondern müssen mit einbezogen werden. Wir haben in den letzten Jahren gesehen, dass die privaten Akteure nicht in der Lage sind, Niedersachsen fit für die Zukunft zu machen und mit guter digitaler Infrastruktur auszustatten.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- die konsequente Digitalisierung der Verwaltung, damit Bürger\*innen, sowie Unternehmern leichter Anträge, Formulare und andere Behördengänge abwickeln können. Dabei soll auf Open Source (quelloffene) Software gesetzt werden, um einseitige Abhängigkeiten zu verhindern
- die Entwicklung einer quelloffenen einheitlichen Verwaltungssoftware für die niedersächsischen Kommunen
- die Förderung des Breitbandausbaus in Niedersachsen. Dabei sollen die Mobilfunknetze in öffentliche Hand überführt werden. Kommunen sollen dabei unterstützt werden, eigene Breitband-Projekte aufzulegen die Kontrolle über die Netzwerke soll nicht bei wenigen großen Unternehmen liegen
- die Gestaltung der Digitalisierung von Verwaltungsabläufen gemeinsam mit den Beschäftigten und den Gewerkschaften, sowie die Schaffung ausreichender Weiterbildungsangebote.
- eine Ausweitung der Qualifizierungsförderung. Den Menschen muss ohne Lohnverlust eine zweite Ausbildung ermöglicht werden

- Weder der Wohnort noch die finanzielle Situation der Einwohner\*innen dürfen zu einer digitalen Spaltung der niedersächsischen Gesellschaft führen. An Bildungseinrichtungen darf
- die Chancengleichheit nicht durch das Fehlen von Endgeräten bei Menschen mit geringem Einkommen gefährdet werden.
- freies WLAN in öffentlichen Gebäuden
- den Ausbau des Bürger\*innen-Funks und der Bürger\*innen-Medien ohne Werbung oder andere Formen der Kommerzialisierung. Bürger\*innen-Sender und Offene Kanäle müssen ausreichend finanziert werden.

### **3. Erwerbsarbeit und soziale Sicherung**

Corona hat uns die Bedeutsamkeit von Carearbeit- sprich Tätigkeiten der Fürsorge, Pflege und des Sich Kümmerns noch einmal stark vor Augen geführt. Es waren in erster Linie Frauen, die zu Hause neben der Homeoffice-Tätigkeit dafür gesorgt haben, dass Kinder betreut, zu pflegende Angehörige im Alltag unterstützt und der Haushalt geführt wurden. So sehr wir uns auch eine gleichberechtigte Aufteilung dieser Tätigkeiten wünschen, ist sie derzeit nicht Realität und so übernehmen für einen Großteil dieser nicht bezahlten Arbeit Frauen die Verantwortung. Zahlreiche Probleme offenbaren sich beim näheren Betrachten von Pflege- und Care-Arbeit. Sie wird entweder unbezahlt oder schlecht bezahlt erledigt.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- die gerechte Entlohnung von gleicher Arbeit und gleichwertiger Arbeit
- Arbeitszeitverkürzung mit Lohn- und Personalausgleich
- Diskussion und Neuverhandlung von Strukturen in Betrieben und Organisationen
- die Einführung des 8. März – des Weltfrauentages – als niedersächsischen Feiertag
- die Einrichtung von Rückzugsorten für stillende Mütter sowie kleine Kinder (0-3 Jahre) in durch das Land beeinflussbaren Einrichtungen und Unternehmen
- eine bedürfnisorientierte (erhöhte Kapazitäten im weiblichen Sanitärbereich, Wickelbereich auf Männertoiletten) Ausstattung in den sanitären Anlagen in öffentlichen und durch den Staat beeinflussbaren Einrichtungen und Unternehmen (gendergerecht)
- die Leistung von Unterhaltsvorschuss auch über 72 Monate hinaus
- die Erhöhung Erwerbsminderungsrenten für Menschen mit niedrigem Einkommen oder kurzer Arbeitszeit
- die Herabsetzung von Pflichtbeitragszeiten aus sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen
- einen eigenen Zuschlag an Empfänger\*innen von Transferleistungen, den Niedersachsen zusätzlich gegen die angestiegenen Energie- und Lebensmittelpreise zahlen soll.
- eine „Niedersachsen-Card“, welche Menschen, die unter 60% des Durchschnittseinkommens bekommen, einen kostenfreien Zugang zu Museen, Sportvereinen oder anderen Einrichtungen ermöglichen soll. Außerdem soll ein ermäßigter Zugang zum ÖPNV sichergestellt werden
- eine gesicherte Finanzierung unabhängiger Schuldner- und Sozialberatungsstellen durch das Land

- ein Arbeitsmarktprogramm des Landes Niedersachsen mit der besonderen Förderung von Langzeiterwerbslosen in sozialversicherungspflichtige Arbeit und der notwendigen Fortbildung oder Umschulung- auch für Menschen über 35 - bei Zahlung von Unterhaltsgeld anstatt ALG II

#### **4. Gender Budgeting**

Gender Budgeting“ steht für die Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen Haushalt. Bei der Planung und Durchführung eines Haushalts werden immer politische Prioritäten gesetzt. Indem genau geschaut wird, wie sich diese Entscheidungen auf die Geschlechter auswirken, kann auch sehr viel bewusster gesteuert werden – auch über die Kategorie Geschlecht hinaus. Kurz: Gender Budgeting ist in Zahlen gegossene Gleichstellungspolitik.

Die Erfahrungen mit Gender Budgeting von kommunaler bis internationaler Ebene zeigen, dass die öffentlichen Einnahmen und Ausgaben geschlechtsspezifische Auswirkungen haben. Einen geschlechtsneutralen Haushalt, wie es die Bundesregierung immer wieder behauptet hat, gibt es nicht. Das Grundgesetz verpflichtet den Staat zur tatsächlichen Durchsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern. Dabei dürfen natürlich das Geld und seine enorme Lenkungswirkung nicht außer Acht bleiben.

Neben Geld ist auch Zeit eine Ressource, die sich auf die Machtverteilung in der Gesellschaft auswirkt. Die dritte Zeitbudgetanalyse des Statistischen Bundesamtes macht deutlich, dass die Verteilung von unbezahlter und bezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern in den vergangenen zwanzig Jahren nahezu unverändert geblieben ist. Diesen „Gender Care Gap“ gilt es zu schließen.

Die Linke setzt sich dafür ein:

- Verbindliches Gender Budgeting für alle öffentlichen Haushalte. Dass macht diese transparenter und fördert gesellschaftliche Debatten und dient damit auch der Demokratie.
- nach österreichischem Vorbild sollte dieses Ziel auch ins Grundgesetz aufgenommen werden.
- eine verstärkte Etablierung und Durchführung von Maßnahmen innerhalb des Prozesses der Aufstellung von öffentlichen Haushalten, mit dem Ziel, die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter zu fördern und schließlich zu erreichen
- die verbindliche Ausweitung der Erhebungen von Gender-Informationen auf
- alle möglichen Titel des Landeshaushalts
- die Erweiterung der Personaldarstellung in Haushalten nach Geschlechtern um konkrete
- Maßnahmen zur Schließung von Lohnungleichheiten zwischen den Geschlechtern („Equal Pay“)
- die Koordinierung von Qualifizierungsmaßnahmen zu Gender Budgeting für
- das Verwaltungspersonal; die Weiterentwicklung der bestehenden und
- einzuführenden Verfahren in Bezug auf Menschen, die sich nicht in einem
- binären Geschlechtersystem verorten

#### **5. Gesundheit**

Niedersachsen hat noch etwa 170 Krankenhäuser. Verantwortlich für Investitionen ist das Land. Jedoch reichen die vom Land zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von derzeit 120 Millionen Euro jährlich nicht einmal ansatzweise aus, um die anfallenden Investitionskosten der Krankenhäuser zu decken. Der Investitionsstau im Krankenhausbau ist laut niedersächsischer Krankenhausgesellschaft (NKG) mit 2,2 Milliarden Euro so hoch wie nie zuvor. 41 dringend notwendige Bauprojekte von Kliniken würden derzeit wegen fehlender Investitionen des Landes nicht umgesetzt. Die Anzahl der Krankenhäuser, die eine Geburtshilfe vorhalten, hat sich in den letzten Jahren reduziert, die Geburten sind jedoch in Niedersachsen angestiegen. 2022 sind nur noch 64 geburtshilfliche Abteilungen übriggeblieben. 2015 waren es noch 84. Die fehlende wohnortnahe Versorgung und überfüllte Kreißsäle können zu schweren gesundheitlichen Risiken für Gebärende führen. Daher unsere Forderung: Geburtshilfe ist ein Frauenrecht und muss in das Krankenhausgesetz ebenso wie die Grundversorgung aufgenommen werden.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Finanzielle Förderung von Studien zur genderfreundlichen Medizin und Weiterbildung von Ärzten zu den neuesten Erkenntnissen der Studien
- einen Anspruch auf Hebammenhilfe in Niedersachsen. Das Land hat die Ausbildung und Finanzierung von ausreichend Hebammen sicherzustellen
- die intensivere Unterstützung pflegender Angehöriger bei Antragsstellungen
- die Erhöhung der Pflegegelder pflegende Angehörige
- einen Krankenhausplan, der sich an Bedarf und Wohnortnähe orientiert
- den Erhalt kommunaler Krankenhäuser und die Rückführung bereits privatisierter Kliniken in die öffentliche Hand
- eine Erhöhung des Investitionsvolumens des Landes auf 550 Mio. Euro jährlich bei der Krankenhausinfrastruktur
- die Einrichtung eines landeseigenen Strukturfonds mit 1 Mrd. Euro aus Landesmitteln
- die Einführung des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst für alle in einem Krankenhaus Beschäftigten
- ausreichende Kapazitäten für Notfälle wie Epidemien, Seuchen, Großunfälle oder Naturkatastrophen
- eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung des nicht auf angemessene Versorgung ausgerichteten Systems der Fallpauschalen (DRGs)
- die Wiedereingliederung/Rückkehr von ausgelagerten Diensten (Reinigung, Küche, Labor) in die öffentlichen Kliniken
- ein Landesprogramm „Medizinische Versorgung im ländlichen Raum“, um eine flächendeckende und wohnortnahe Gesundheitsversorgung sicherzustellen

## **6. Gewalt**

Nach wie vor sind Frauen und Mädchen in unserer Gesellschaft von Gewalt, Benachteiligung und Diskriminierung betroffen. Auch von den negativen Auswirkungen der Coronakrise waren Frauen und Mädchen in besonderem Maße betroffen, sei es durch ihre Lohnarbeit in sogenannten Careberufen oder durch den Anstieg häuslicher Gewalt in dieser Zeit. Die Grundproblematik sind die immer noch vorhandenen patriarchalen Strukturen. Deren Auflösung ist das Ziel, zum Wohle aller Geschlechter, für ein gleichberechtigtes

Miteinander. Solange wir es nicht schaffen, das Patriarchat vollständig zu beenden, müssen wir uns, auch auf Landesebene, dafür einsetzen, die von den Folgen betroffenen Menschen zu unterstützen indem wir zum Beispiel Schutzräume für Frauen und Mädchen schaffen, indem wir gemeinsam kontinuierlich daran arbeiten, die Möglichkeiten der Frauen zur Teilhabe an Politik, Beruf und Gesellschaft zu erweitern und zu fördern.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- die Umsetzung des Übereinkommens des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul Konvention)
- eine Pauschalfinanzierung der Frauenhäuser durch und die Schaffung von ausreichenden und bedarfsgerechten Frauenhausplätzen. Die Finanzierung von Frauenhäusern und Beratungsstellen für Opfer sexualisierter und häuslicher Gewalt muss sichergestellt und aufgestockt werden
- die Schaffung von mindestens einem Frauenhaus in Jedem Landkreis, jeder kreisfreie Stadt und jeder Großstadt
- die pandemiekonforme Umrüstung aller Frauenhäuser
- den Beitritt Niedersachsens zum Fonds Sexueller Missbrauch als viertes Bundesland- die landesfinanzierte Zurverfügungstellung von Beratungszentren für sexualisierte Gewalt und sexuelle Belästigung im beruflichen und ehrenamtlichen Kontext für jede Stadt ab 30.000 Einwohner\*innen

## **7. Gleichstellungsstrukturen\*\*\***

Wir stehen für die Akzeptanz und Anerkennung vielfältiger Lebensweisen, geschlechtlicher Identitäten und sexueller Orientierungen ein. Obwohl Niedersachsen ein tolerantes und weltoffenes Land sein will, sind Ausgrenzung, Diskriminierungen, Beleidigungen und auch Gewalt immer noch bittere Realität für Schwule, Lesben, Transgender und Intersexuelle. FLINTA\* (Frauen, Lesben, Inter, Non-Binary, Trans und agender) sollen nicht wegen ihrer geschlechtlichen, LGBTIQA\* (Lesbian, Gay, Bisexual, Transsexual/Transgender, Queer, Intersexual und Asexual) nicht wegen ihrer sexuellen Identität benachteiligt werden. Noch viel zu viele Menschen können in der Öffentlichkeit, in Schulen oder bei der Arbeit ihre Identität nicht frei und offen zeigen, ohne Nachteile befürchten zu müssen. Dauerhafter Einsatz für Akzeptanz, Vielfalt und Gleichberechtigung muss für die niedersächsische

Landespolitik eine höhere Priorität haben; das gilt vor allem im Schulbereich.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- eine Aufnahme des Verbots der Diskriminierung wegen sexueller Identität in die Landesverfassung
- die Stärkung der Aids-Prävention und der Integration von HIV-positiven Menschen
- eine geschlechtsneutrale Sprache bzw. für eine die Vielfalt der Geschlechter widerspiegelnde Sprache in der öffentlichen Verwaltung
- die flächendeckende Schaffung queerer Begegnungsorte und die Etablierung von psychosozialer, spezialisierter Beratung für queere/LGBTIQA\*, auch für Jugendliche. Wir unterstützen die Errichtung queerer Zentren in Niedersachsen, die diese Beratung gewährleisten können

- eine 50-prozentige Geschlechterquotierung (FLINTA\* - unquotiert) in den Leitungsgremien öffentlicher und durch den Staat beeinflussbarer Einrichtungen und Unternehmen
- die anonyme Durchführung von Bewerbungsverfahren beim Land und den Kommunen. Durch entsprechende Gesetzgebung und Hilfestellung sind auch anonyme Bewerbungsverfahren im privaten Sektor zu fördern

## **8. Migration und Integration**

Die Lage der Geflüchteten ist eine Katastrophe, auch in Niedersachsen. In einem Land wie Deutschland, das zu den reichsten der Welt gehört, ist diese Situation völlig inakzeptabel. Asyl ist ein Menschenrecht und muss in Niedersachsen zur Grundlage der Politik werden. Die niedersächsische Regierung unternimmt nichts gegen die bundesweite Praxis, sondern forciert Abschiebungen teilweise sogar. Es finden unter der Landesregierung sogar Nachtabschiebungen statt. Sprachkurse werden nur Geflüchteten mit Bleibeperspektive gewährt, obwohl auch andere jahrelang hier leben und sich integrieren wollen. Ebenso unhaltbar ist die Chance der Geflüchteten auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- die Einrichtung eines Integrationsrates für Niedersachsen
- eine breite Vermittlung von Informationen zu Fluchtursachen über Schulen, Unis, Volkshochschulen, Medien usw., die neben Krieg auch Armut, Hunger, Klimawandel, Globalisierung und persönliche Verfolgung berücksichtigen
- die Aussetzung der Abschiebungen Geflüchteter in Niedersachsen, insbesondere minderjähriger Kinder sowie ihrer Familie, sowie die Abschaffung von Abschiebehaft und Nachtabschiebungen
- ein dauerhaftes Bleiberecht statt „Kettenduldungen“, spätestens nach fünf Jahren
- die Sicherung des Familiennachzugs, insbesondere bei minderjährigen Flüchtlingen, sowie die Beseitigung künstlich errichteter bürokratischer Hürden
- die Wiederherstellung des Rechts auf Asyl sowie die Schaffung von legalen Fluchtwegen über Initiativen im Bundesrat
- eine kultursensible Ausbildung aller Verwaltungsmitarbeitenden sowie aller Mitarbeitenden in anderen Bereichen, die mit Geflüchteten zu tun haben, sowie die Förderung der Flüchtlingsbetreuung durch Fachpersonal unter Einbeziehung Ehrenamtlicher, die eine Aufwandsentschädigung erhalten
- gut ausgestattete Sozialdienste sowie die Gewährleistung medizinischer Versorgung und psychologischer Beratung in den Aufnahmezentren (AZ) und EAE
- Angebote zur Kinderbetreuung sowie zur Unterstützung besonders Schutzbedürftiger in den AZ und EAE.
- die Beschulung aller Kinder und Jugendlichen in allen EAE, in denen Geflüchtete länger als vier Wochen untergebracht werden
- das Angebot bzw. die Erweiterung entgeltfreier Sprach- und Integrationskurse für alle Geflüchtete, die nur durch Fachpersonal gegeben werden
- die schnellstmögliche Unterbringung von Geflüchteten in Wohnungen statt in Gemeinschaftsunterkünften sowie die Schaffung dezentraler integrativer Wohnmöglichkeiten und -projekte

- die Aufhebung räumlicher Beschränkungen und Verpflichtungen, sich an einem bestimmten Ort aufzuhalten und ständig erreichbar zu sein und für freie Wahl des Wohn- und Aufenthaltsortes
- ein von Partner\*innen unabhängiges Bleiberecht für Geflüchtete und die Anerkennung frauenspezifischer Fluchtgründe; keine Koppelung des Bleiberechts an den Fortbestand einer Ehe
- gesonderte Beratungskurse für sexuell verfolgte Menschen, vor allem für Frauen und Mädchen, in allen Regionen in dem Wissen, dass Frauen und Mädchen vielfach Opfer von Vertreibungen sind
- die Aufhebung des Arbeitsverbots für Geflüchtete
- ein aufschiebendes Vetorecht der Härtefallkommission gegenüber Abschiebungen, wobei die Voraussetzungen für Eingaben an die Härtefallkommission abgesenkt werden

## **9. Nachhaltigkeit**

DIE LINKE verknüpft als einzige Partei die ökologische mit der sozialen Frage. Lebensqualität sowie gesunde Lebens- und Arbeitsbedingungen sind ohne einen echten sozial-ökologischen Umbau unserer Gesellschaft nicht möglich. Gleichzeitig darf eine nachhaltige ökologische Wende nicht zu Lasten der ärmeren. Die skrupellose Ausplünderung der Naturressourcen, die Schädigungen der Umwelt und vor allem die klimaverändernden Eingriffe in die unseren Planeten umgebende Atmosphäre haben ein solches Ausmaß erreicht, dass die bisherige Art des Produzierens und Lebens die Grenze der Belastbarkeit bereits überschritten hat. Die Klimakrise wartet nicht.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- den Kohleausstieg Niedersachsens bis 2030
- die intensive Förderung der ökologischen Energiewende bestehend aus energetischer Sanierung, Energieeffizienz und zügigem Ausbau dezentraler, alternativer Energieversorgung mit Landesmitteln in Forschung und Umsetzung
- eine Umkehr der Tarifstrukturen, nach denen bisher die Kleinverbraucher\*innen hohe, die Großverbraucher\*innen aber niedrige Tarife zahlen. Kommunen, in denen die Preisgestaltung sich vor allem an sozialen Kriterien orientiert, sind besonders zu fördern.
- die Einrichtung öffentlich kontrollierter, kommunal oder genossenschaftlich verwalteter Energiewerke, die die Möglichkeiten nutzen, durch intelligentes Stoffstrom-Management die erneuerbaren Energien vor Ort (Wasser, Wind, Sonne, Abwärmenutzung biologischer Prozesse) optimal miteinander zu verzahnen und mit energetischer Sanierung aller Gebäude zu verknüpfen.
- die Übertragung von Stromversorgungsnetzen in öffentliche Kontrolle, am besten in die Hand kommunaler Versorgungsverbände oder von Energiegenossenschaften
- ein landesweites Förderprogramm zur Wärmedämmung von Gebäuden mit nachwachsenden Dämmstoffen
- die Einwirkung der Landesregierung auf die Energieversorger\*innen, ihre Tarife so zu gestalten, dass eine preisgünstige Grundversorgung gewährleistet wird und zur Gegenfinanzierung überdurchschnittlicher Verbrauch teurer gemacht wird

- die Umstellung aller Landeseinrichtungen umgehend auf regenerative Energieträger. An Gebäuden von Landeseinrichtungen sollen geeignete Flächen zur Solarenergiegewinnung genutzt werden
- die stärkere Unterstützung und Finanzierung von Forschung und Entwicklung zu Energiespeichern. Niedersachsen muss eine Vorreiterrolle einnehmen
- die Entwicklung und Umsetzung eines Programms zur Renaturierung von Mooren. Zugleich fordern wir ein Aufforstungsprogramm. Dadurch kann wirksam auf natürliche Weise CO<sub>2</sub> gespeichert werden

## **10. Teilhabe und Repräsentanz**

DIE LINKE will die strukturelle Diskriminierung von Frauen aufheben und streitet für die tatsächliche Herstellung der Geschlechtergerechtigkeit in Politik und Gesellschaft. Ihren emanzipatorischen Gesellschaftsanspruch will die LINKE auch für sich selbst umsetzen. DIE LINKE soll für Frauen eine Partei sein, in der sie Politik machen und ihre Interessen vertreten können. DIE LINKE möchte mit gutem Beispiel voran gehen und die politischen Forderungen innerparteilich umsetzen. Auf dieser Grundlage hat der Erfurter Parteitag im Oktober 2011 das Konzept zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit in der LINKEN beschlossen. In der Linken werden alle politischen Ämter und Mandate quotiert. Damit leisten wir einen Beitrag mehr Frauen in die Parlamente aller Ebenen zu entsenden. Das Urteil des Brandenburger Verfassungsgerichtes bedeutet einen Rückschlag im Einsatz für mehr Geschlechtergerechtigkeit. Paritätsgesetze sind ein wirksames Instrument, um den

Frauenanteil in Parlamenten zu erhöhen und damit die Strukturen aufzubrechen, die Frauen von der Macht fernhalten.

DIE LINKE setzt sich dafür ein:

- Erarbeitung eines verfassungsgemäßen Paritätengesetz für unser Bundesland
- ein Paritätsgesetz, welches bei zukünftigen Landtagswahlen eine quotierte Besetzung (abwechselnd FLINTA\* - unquotiert) der Landeslisten aller Parteien festlegt
- paritätische Besetzung von Gremien und Regierungsämtern, perspektivisch auch eine Paritätengesetz für Führungspositionen in großen Wirtschaftsunternehmen